



Rudolf Ramsauer,
Direktor

In zähen Verhandlungen haben die Schweizer Unterhändler die Bilateralen Verträge II mit der EU an Land gezogen. Sie haben gute Arbeit geleistet und verdienen Anerkennung. Die Vernehmlassung innerhalb der Wirtschaft zeigt klar:

Bilaterale II: insgesamt ausgewogen und durchwegs positiv gewertet

Das Resultat ist insgesamt ausgewogen, es wird durchwegs positiv gewertet. Die Interessen des Finanzplatzes sind gewahrt, der Tourismus wird aus dem Schengen-Visum Vorteil ziehen, die Nahrungsmittelindustrie erhält leichteren Zugang zu 450 Millionen Konsumenten, die zahlreichen Firmen mit Tochtergesellschaften in der EU werden von Steuern auf Dividenden, Zinsen und Lizenzen entlastet. Der bilaterale Weg – auf absehbare Zeit der einzige Weg, unser Verhältnis mit dem wichtigsten Handelspartner pragmatisch zu gestalten – wird gestärkt. Nach dem Abschluss der Verhandlungen gilt es nun, die Verträge mit der EU unbeschadet über die innenpolitischen Hürden zu bringen. Unser Einsatz ist gefordert!

@ rudolf.ramsauer@economiesuisse.ch

«Tag der Wirtschaft» im Zeichen des Innovationsstandorts Schweiz

Der 6. «Tag der Wirtschaft» von economiesuisse war dem Thema Innovation gewidmet. economiesuisse-Präsident Ueli Forster forderte in seiner Präsidialansprache vor 450 Gästen eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum durch Innovation fördere. Franz B. Humer, Präsident des Verwaltungsrats der Roche Holding AG, zeigte sich in seinem Gastreferat optimistisch für den «Heimatstandort», doch Basel müsse sich an Boston und Schanghai messen.



Ueli Forster, Präsident economiesuisse.

Ueli Forster erinnerte daran, dass die Schweizer Wirtschaft punkto Arbeitsproduktivität und Wirtschaftswachstum im internationalen Ländervergleich regelmässig das Schlusslicht bilde, während sie in den wiederkehrenden KOF-ETH-Erhebungen über die Innovationsaktivitäten der Unternehmen paradoxerweise weiterhin zur Spitzengruppe zähle. Er schliesst daraus, dass die wachstumswirksamsten Innovationen gar nicht mehr in der Schweiz, sondern zunehmend im Ausland stattfänden. Dieser Umstand zeige die Notwendigkeit einer konsistenten Wachstumspolitik. Forster machte aber zugleich klar, dass sich technologische Markterfolge nicht mit

der förderpolitischen Brechstange erzwingen liessen. Was die Wirtschaft brauche, seien herausragende Menschen, also Humankapital, ein leistungsförderndes Steuersystem und die optimale Einbettung unseres Landes in die Weltwirtschaft. Insbesondere wissens- und humankapitalintensive Betriebe benötigten eine solide Basis qualifizierter Arbeitskräfte und institutionelle Rahmenbedingungen, die Leistungsanreize böten und Flexibilität ermöglichten.

Fehlender Wettbewerb im Bildungs- und Forschungssystem
Ueli Forster machte deutlich, dass der Erfolg der Bildungs- und Forschungspolitik allzu oft am Input statt am Output bzw. der Effizienz

gemessen werde. Nur so könne er sich erklären, dass seit fünf Jahren erfolglos über eine zukunftsfähige Hochschulstruktur debattiert würde, obwohl Vorschläge vom Schweiz. Wissenschafts- und Technologierat sowie der Wirtschaft auf dem Tisch lägen. Forster mahnte, die Politik solle sich ausschliesslich auf die Festlegung der wichtigsten Rahmenbedingungen des

Hochschulsystems wie Zu- und Übergänge, Studiengebühren, Anerkennung von Abschlüssen, Qualitätssicherung und einheitliche Finanzierung beschränken, um den Hochschulen grösstmögliche Autonomie zu belassen.

Innovative Finanz- und Steuerpolitik gefragt

Ueli Forster forderte auch in der Finanz- und Steuerpolitik zukunftsweisende Weichenstellungen. Die meisten OECD-Konkurrenzländer seien daran, mit einem milden Steuerklima Unternehmen und Investitionen anzulocken, um damit Arbeitsplätze zu schaffen. Die Schweiz dürfe hier nicht abseits stehen. Grossen

Fortsetzung auf Seite 2

Grafik des Monats

Die Fakten zu den Verkehrsausgaben der öffentlichen Hand im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 04.

Seite 3 ▶

Nein zur Postinitiative

Die Initiative der Gewerkschaften verlangt rückwärtsgewandte Strukturhaltung auf Kosten des Bundes und der Postkunden.

Seite 4 ▶

Luftfahrtpolitik

Gute internationale Luftverkehrsverbindungen sind ein zentraler Standortfaktor. Acht Thesen zur Luftfahrtpolitik.

Seite 5 ▶

KMU-Porträt

Die Neigungsmessgeräte der Wyler AG kommen auf Flughäfen, Marineschiffen, bei Brücken und in der Formel 1 zum Einsatz.

Seite 7 ▶



Armin Meyer, VR-Präsident und CEO Ciba Spezialitätenchemie AG, Lutz Steinberg, CEO Omya (Schweiz) AG.



Moderatorin Ellinor von Kauffungen, Bundespräsident Joseph Deiss.



Franz B. Humer, VR-Präsident und CEO Roche Holding AG.



Gäste: 450 Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung.



Rudolf Stämpfli, Präsident Arbeitgeberverband, Marcel Ospel, VR-Präsident UBS, Rita Fuhrer, Regierungsrätin ZH.



Jost Wirz, VR-Präsident Wirz Partner Holding AG, Patrick Odier, Associé-Gérant Lombard Odier Darier Hentsch.

Fortsetzung von Seite 1

Handlungsbedarf sieht Forster nach wie vor bei der Sanierung der Bundesfinanzen. Die Aufschiebung oder gar der Verzicht notwendiger Reformen wäre mit hohen volkswirtschaftlichen Kosten und damit auch mit spürbaren Beschäftigungs- und Wohlfahrtsverlusten verbunden.

Zunehmende Konkurrenz

In seinem Gastreferat wies der Präsident des Verwaltungsrats der Roche Holding AG, Franz

B. Humer, darauf hin, dass der «Heimatstandort» zwar noch gut sei, im Vergleich zu andern Ländern aber zusehends unter Druck gerate. International gesehen verlagere sich der Standortwettbewerb vom Preis auf die Innovation. Er stelle fest, dass die Konkurrenz aus China, Indien, Singapur und Osteuropa auch bei anspruchsvollen Arbeiten und komplexen Prozessen wie Forschung und Entwicklung stetig zunehme. Unternehmen der Exportnation

Schweiz müssten daher – angesichts der hohen Arbeitskosten – ständig neue wertschöpfungsintensive Produkte erfinden und erfolgreich vermarkten, um so auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Franz B. Humer meinte abschliessend, unser Land könne für die forschende Industrie weiterhin attraktiv bleiben, wenn sich unternehmerische Veränderungen auch in Zukunft rasch und flexibel durchführen liessen und dem Patentschutz höchste Priorität eingeräumt werde.

Berufsbildung – gut für Innovationen

Zum Schluss überbrachte Bundespräsident Joseph Deiss die Grüsse der Landesregierung. Er sprach sich für eine engagierte Berufsbildungspolitik aus und unterstrich dabei die wichtige Funktion der Unternehmen als «Ausbildner».

@ fredy.mueller@economiesuisse.ch

**Nächster Tag der Wirtschaft:
2. September 2005**

Weiterhin steigende Verkehrsausgaben der öffentlichen Hand

Die Verkehrsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sind im Jahr 2002 um 4,1 Prozent gewachsen. Entgegen der Kritik am Entlastungsprogramm 04 wird der Verkehr auch weiterhin zu den wachsenden Ausgabenbereichen gehören.

Die Verkehrsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden sind im Jahr 2002 um 4,1 Prozent gewachsen. Damit konnte das Ausgabenwachstum gegenüber den Vorjahren etwas abgebremst werden. Allerdings wies der öffentliche Verkehr (Bundesbahnen und Regionalverkehr) mit einem Zuwachs von über zwölf Prozent einen enormen Ausgabenschub aus. Insgesamt gehört der Verkehrsbereich weiterhin zu den Ausgabenbereichen mit starkem Wachstum. Zwischen 1999 und 2002 betrug der durchschnittliche Ausgabenzuwachs 6,7 Prozent, was deutlich über dem allgemeinen Ausgabenzuwachs von 3,9 Prozent und noch klarer über dem allgemeinen Wirtschaftswachstum und der Teuerung liegt.

Bund trägt Hauptlast

In den 90er-Jahren hat die öffentliche Hand kräftig in die Verkehrsinfrastruktur investiert:

Betrugen die Aufwendungen von Bund, Kantonen und Gemeinden im Bereich Verkehr 1990 noch 9 Mrd. Franken, so waren es 2002 bereits rund 15 Mrd. Franken. Damit erhöhte die öffentliche Hand die Ausgaben für den Verkehr um 6 Mrd. Franken bzw. um jährlich vier Prozent. Der Verkehr ist der viertgrösste Ausgabenposten der öffentlichen Hand. Dabei ist der Bund der grösste Zahler: knapp 9 Mrd. Franken bzw. 60 Prozent der Verkehrsausgaben entfallen auf den Bund.

Mär vom Kahlschlag

Als Bundesrat Hans-Rudolf Merz diesen Sommer das Entlastungsprogramm 04 präsentierte, das auch den Bereich des öffentlichen Verkehrs in die Sanierungsanstrengungen einbezieht, ging ein Aufschrei durchs Land. Von einer Ausdünnung des Verkehrsangebots – von der Landesregierung leichthin in Kauf genommen – und von einem Kahlschlag war die Rede. Konkret sieht das Entlastungsprogramm 04 im Departement UVEK zwischen 2006 und 2008 gezielte Kürzungen der geplanten Mehrausgaben im Umfang von 260 bis 359 Mio. Franken pro Jahr vor. Davon betroffen ist der Regionalverkehr

mit befristeten Kürzungen von 30 bzw. 40 Mio. Franken in den Jahren 2006 bzw. 2007.

Trotz dieser Korrekturen gilt es aber die Verhältnisse zu wahren: Auch künftig wird der Bund jährlich Milliarden in die Verkehrsinfrastrukturen investieren. Das Ziel sei kein Leistungsabbau, sondern vielmehr die Absicht, einen Anreiz zu schaffen für die notwendige Konsolidierung der Bahnlandschaft. Mit über 100 konzessionierten Transportunternehmen bestehe noch ein beträchtliches Synergiepotenzial.

Investitionen vor Konsum

economiesuisse setzt sich für eine fokussierte Zunahme der gesamten öffentlichen Ausgaben um etwa 3 Mrd. Franken bis 2008 ein und zwar auf Bereiche, die sich wachstumspolitisch lohnen. Grundsätzlich haben investive vor konsumtiven Ausgaben den Vorrang. Dieses Prinzip darf aber nicht davon abhalten, dass sich auch Investitionen dem Effizienztest stellen müssen. Die getroffenen Einschnitte sind eine Chance, kostengünstigere, aber qualitativ gleichwertige oder sogar bessere Leistungen anzubieten.

@ brigitte.lengwiler@economiesuisse.ch

Jean-Daniel Gerber zu Gast bei der Aussenwirtschaftskommission

Der seit April 2004 amtierende Direktor des Staatssekretariats für Wirtschaft, Staatssekretär Jean-Daniel Gerber, nahm an der Sitzung der Aussenwirtschaftskommission von economiesuisse eine Standortbestimmung der Aktivitäten und Prioritäten des seco vor und bot den Kommissionsmitgliedern Gelegenheit, ihre Anliegen in den wirtschaftspolitischen Diskurs einzubringen.

Ende August tagte die Kommission «Aussenwirtschaftspolitik» von economiesuisse unter dem Vorsitz von Andreas W. Keller in Basel. Als Gast durfte die Kommission Staatssekretär Jean-Daniel Gerber willkommen heissen.

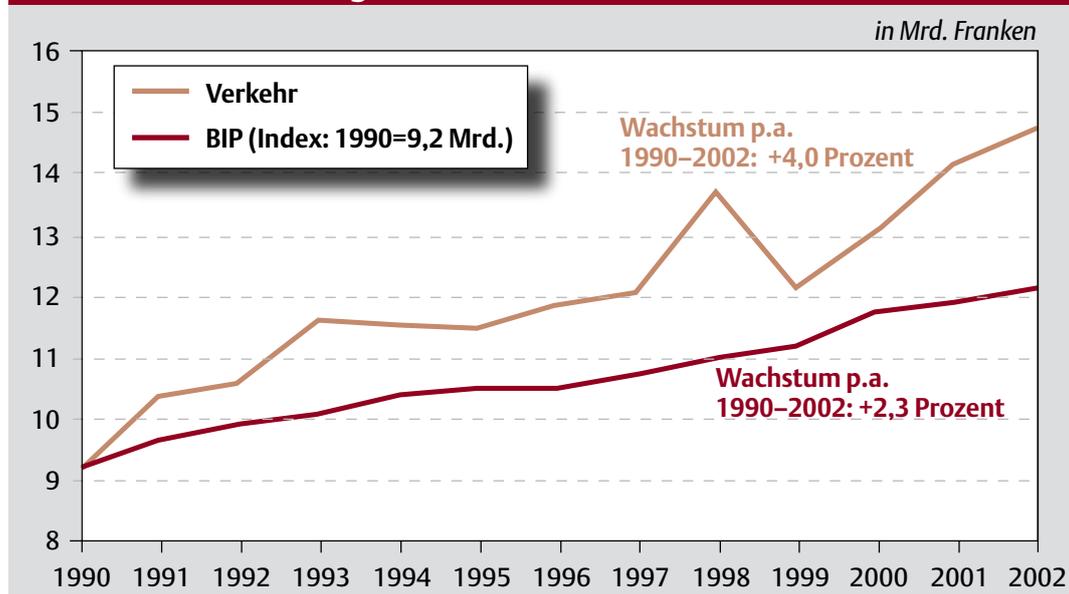
Hauptanliegen des seco

Gerber analysierte in seinem aussenwirtschaftlichen Tour d'horizon die Stärken, Probleme und Herausforderungen der Schweizer Wirtschaft. Er identifizierte als Hauptanliegen des seco einerseits die Umsetzung der nötigen, binnenwirtschaftlichen Strukturreformen und andererseits das Streben nach der Maxime der Nichtdiskriminierung von Schweizer Unternehmen im Ausland. Er betonte dabei die starke gegenseitige Verflechtung und Abhängigkeit der Binnen- und Aussenwirtschaft, zwei Bereiche, die heute nicht mehr getrennt voneinander behandelt werden dürfen.

Anschliessend bot sich den Mitgliedern der Kommission die Gelegenheit, ihre Einschätzungen und Anliegen vorzubringen und mit dem Staatssekretär zu diskutieren. Ein wichtiger Punkt der Diskussion bildete die Restrukturierung der Exportförderung.

In der Folge gewährte der Gastgeber der Sitzung, Bruno Sidler, CEO der Panalpina AG, interessante Einblicke in die Transport- und Logistikbranche, die in den letzten Jahren – wie das Beispiel der Panalpina zeigt – einem dynamischen Wandel unterworfen war.

Wachsende Verkehrsausgaben von Bund, Kantonen und Gemeinden



Quellen: EFV, Öffentliche Finanzen der Schweiz 2002, und BFS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung ESGV 95

Unnötige Strukturerhaltung zu Lasten des Bundes

Am 26. September 2004 stimmen wir über die Initiative «Postdienste für alle» ab. Die Initiative verlangt ein flächendeckendes Poststellennetz. Falls nötig muss der Bund das Netz subventionieren. economiesuisse lehnt die Initiative klar ab.

Selbstverständlich ist auch die Wirtschaft auf flächendeckende und preiswerte Postdienstleistungen angewiesen. Die Anliegen der Initianten vermögen die Bedürfnisse der Wirtschaft aber nicht zu erfüllen.

Die Initiative verlangt eine Grundversorgung mit einem flächendeckenden Poststellennetz. Ein Mitspracherecht der Gemeinden bei Veränderungen am Poststellennetz und eine Defizit-

garantie durch den Bund beinhaltet die Initiative ebenfalls. Bis auf die Bundessubventionen sind die Anliegen durch Gesetz und Verordnung über die Post bereits erfüllt. Die Initiative stösst daher ins Leere. Sie ist überflüssig.

Überflüssig und teuer

Die unnötige Strukturerhaltung ist teuer. Bezahlen müssen Postkunden und der Bund. Gegenwärtig fehlen 460 Mio. Franken im Poststellennetz. Mit der Subventionspflicht des Bundes wird die Bundeskasse weiter strapaziert. Geld für andere Aufgaben würde fehlen. Schliesslich würde die Initiative zur Einführung einer Art «Post-Steuer» führen.

Die Initiative legt der Post enorme Verpflichtungen auf. Sie schadet ihr damit. Die Post selbst lehnt

die Initiative aus diesem Grund ebenfalls ab. Eine Strukturerhaltung der Poststellen engt die Post ein und behindert sie. Die Bedürfnisse der Kunden müssen im Vordergrund stehen. Nur so kann die Post einen modernen kundenfreundlichen Service public erbringen.

Aus Sicht der Wirtschaft ist die Initiative abzulehnen. Zentrale Anliegen der Initiative sind bereits erfüllt. Der Handlungsspielraum der Post wird unnötig eingeschränkt. Eine halbe Milliarde Bundessubventionen haben in der angespannten Finanzlage des Bundes keinen Platz. economiesuisse empfiehlt deshalb das rückwärtsgewandte Anliegen der Gewerkschaften zur Ablehnung.



www.poststeuer-nein.ch

Schweiz – EU: positive Vernehmlassungsergebnisse

Die Mitglieder von economiesuisse wurden eingeladen, sich im Rahmen eines Vernehmlassungsverfahrens über die Personenfreizügigkeit mit den neuen EU-Mitgliedstaaten und über die Bilateralen Abkommen II zu äussern. Die Eingabefrist für die Mitglieder lief am 2. September ab. Auf der Basis einer ersten Sichtung der eingegangenen Antworten kann festgehalten werden, dass die nun abgeschlossenen bilateralen Abkommen für die Mitglieder von economiesuisse von hoher wirtschaftlicher Relevanz sind. Die Verhandlungen haben zu einem insgesamt ausgewogenen Resultat geführt und tragen zu einem besseren Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU bei.

Energie-Agentur der Wirtschaft

Vorbildlich: Energie und viel Geld gespart

Am 9. Juli überreichte die Energie-Agentur der Wirtschaft (EnAW) 13 Unternehmen der Energie-Modell-Gruppe St.Gallen/Appenzell ihr offizielles Label zum freiwilligen Klimaschutz. Die feierliche Übergabe erfolgte im appenzellischen Heiden bei der ebenfalls ausgezeichneten Sefar-Gruppe.

Das EnAW-Label erhalten diejenigen Mitgliedsunternehmen, deren Zielvereinbarungen bereits vom Bund auditiert und somit als genügend ambitioniert befunden worden sind. Die 13 Ostschweizer Unternehmen aus den verschiedensten Branchen haben sich in der Energie-Modell-Gruppe St.Gallen/Appenzell zusammengeschlossen. Mit diesem Zusammenschluss haben sie sich zum Ziel gesetzt, die CO₂-Emissionen zu senken und die Energieeffizienz zu optimieren. Zur Zielerreichung wurden schriftliche Vereinbarungen erarbeitet und gemäss den gesetzlichen Erfordernissen beim Bund



Vertreter der EnAW und der 13 zertifizierten Unternehmen.

zur Prüfung eingereicht. Sämtliche Mitglieder der Gruppe haben die Anforderungen erfüllt.

16 Prozent weniger CO₂

Die involvierten Unternehmen verfolgen mit ihren Zielvereinbarungen ein konkretes Ziel: Die CO₂-Emissionen müssen im Jahr 2010 16 Prozent geringer sein als 1990. Der Gesamtenergieverbrauch wird laut den Verantwortlichen selbst mit den prognostizierten Einsparungen steigen, doch verbessere sich die Energieeffizienz um zehn

Prozent. Dies entsprechen Einsparungen an Energiekosten von 2,4 Mio. Franken im Zieljahr oder rund 12 Mio. Franken im Zeitraum von 2000 bis 2010.

Die 13 beteiligten Unternehmen haben im Jahr 2003 rund 17 000 Megawatt-Stunden Energie durch Massnahmen eingespart und damit 3480 Tonnen CO₂ weniger ausgestossen. Dadurch haben sie 745 000 Franken gespart. Die Gruppe St.Gallen/Appenzell liegt auf ihrem Zielpfad besser als der Soll-Wert.

Sefar als eindrückliches Vorbild

Nach der Übergabe des EnAW-Labels bestand die Gelegenheit, mit der Fernwärmezentrale der Sefar-Gruppe ein Vorzeigebispiel zu besichtigen. Das Unternehmen speist bei der Produktion entstehende Abwärme in ein umweltfreundliches Fernwärmenetz ein, das durch eine Holzschnitzheizung ergänzt wird. Der Kanton Appenzell Ausserrhoden hat dieses vorbildliche Projekt aufgrund seiner Bedeutung für die Umwelt finanziell unterstützt.

economiesuisse: Thesen zur Luftfahrtpolitik



Eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für direkte Flugverbindungen zu den wichtigsten Wirtschaftszentren.

Mit acht Thesen zur Luftfahrtpolitik bringt economiesuisse die Sicht der Wirtschaft in die politische Diskussion über die Luftfahrtpolitik ein.

Die Frage des Luftverkehrs und der Anbindung an wichtige interkontinentale und kontinentale Destinationen kann der Wirtschaft nicht gleichgültig sein. Möglichst gute und häufige Flugverbindungen ab schweizerischen Flughäfen sind anzustreben. Dabei ist zwischen der Luftverkehrs- und Infrastrukturpolitik (Flughäfen) einerseits und der

Politik einzelner Luftfahrtgesellschaften andererseits zu unterscheiden. Die Verkehrsinfrastruktur wird von der Wirtschaftspolitik erheblich mitgestaltet; in dieser Beziehung sind auch die Wirtschaftsverbände gefordert. Deshalb setzt sich economiesuisse für eine effiziente Luftfahrtinfrastruktur und für eine zielgerichtete Luftverkehrspolitik ein. Hingegen mischt sich economiesuisse als Spitzenverband der schweizerischen Wirtschaft nicht in strategisch-operative Fragen einzelner Unternehmen ein. Dies ist Sache der «Stakeholders».

Inhalt der Thesen

Die ersten drei Thesen von economiesuisse zur schweizerischen Luftfahrtpolitik heben die volkswirtschaftliche Bedeutung der Luftfahrt und deren Rolle als wesentlicher Standortfaktor hervor. Denn eine leistungsfähige Infrastruktur ist Voraussetzung für die Abwicklung einer effizienten Luftfahrt. In These 4 wird auf die Hub-Funktion von Landesflughäfen hingewiesen, welche erst durch einen Home Carrier bzw. Fluggesellschaften mit einer Operationsbasis in der Schweiz nachhaltig er-

möglicht wird. Die Thesen 5, 6 und 7 befassen sich mit den Lärmimmissionen, der Rolle des Flugverkehrs im Rahmen des Gesamtverkehrssystems und der Flugsicherung. Die These 8 schliesslich befasst sich mit der Luftfracht. Sie beleuchtet den Zusammenhang zwischen Passagier- und Frachtverkehr.

Die Thesen finden sich auf der Homepage von economiesuisse.



www.economiesuisse.ch



gregor.kuendig@economiesuisse.ch

Bildungswesen im Umbruch

Die grundlegende Erneuerung von Strukturen und Inhalten des universitären Lehrens und Lernens, die Bologna-Reform, ist in der Schweiz in vollem Gang. Der Umsetzungsprozess ist in den einzelnen Hochschulen allerdings unterschiedlich weit fortgeschritten. Die Wirtschaft hat den Bologna-Prozess von Anfang an aktiv begleitet.

Während an der Universität St. Gallen im kommenden Herbst die ersten Bachelor-Absolventen die Hochschule verlassen, sind an anderen Universitäten diese neuen Studiengänge erst eingeführt worden. An den Fachhochschulen verzögert sich die Bologna-Reform, weil zuerst das Fachhochschulgesetz revidiert werden muss.

Die Wirtschaft hat den Bologna-Prozess von Anfang an aktiv

begleitet. Dies aus der Überzeugung heraus, dass er im Interesse des Wissenschafts- und Wirtschaftsplatzes Schweiz zu einem Erfolg führen muss im Sinne der qualitativen Stärkung des tertiären Bildungssystems und damit des Humankapitals. Es bietet sich damit nicht nur die Möglichkeit, die Studieninhalte grundlegend zu erneuern und weiterzuentwickeln. Das zweigeteilte Studium Bachelor/Master verspricht auch eine Verkürzung der Erstausbildung. Das ist sowohl im Interesse der Absolventen als auch der Wirtschaft. Im Weiteren eignen sich die neuen Bachelor- und Masterprogramme auch besonders zur Förderung der Mobilität auf nationaler und internationaler Ebene. Der Bologna-Prozess muss den Hochschulen aber auch den nötigen Spielraum geben, damit sie sich im internationalen Bildungswettbewerb mit einem

eigenen Profil erfolgreich positionieren können.

Infos zur Bologna-Reform

Was bringen die neuen Bachelor- und Masterstudiengänge der Universitäten für berufsspezifische Kompetenzen mit sich? Was sind die Anforderungen und Erwartungen des Arbeitsmarktes? Dies sind Fragen, die im Rahmen der vierten gesamtschweizerischen Bologna-Tagung der Rektorenkonferenz der Schweizer Universitäten (CRUS) behandelt werden. Dabei diskutieren auch Persönlichkeiten aus der Wirtschaft wie Dr. Andreas E. Steiner, Präsident der Kommission für Wissenschaft und Forschung von economiesuisse. Die Tagung vom 30. September 2004 an der Universität Zürich ist eine gute Gelegenheit, sich über den Stand der Bologna-Reform aus erster Hand zu informieren.

Produktesicherheit: Leitfaden der EU für Korrekturmaßnahmen inkl. Rückrufe

Der Leitfaden bietet praktischen Rat, wie Unternehmen ihre Kunden effizient schützen können. Er vereint das Fachwissen von Vollziehungsbehörden und Verbrauchern. Vor allem für KMU, die auf freiwilliger Basis Korrekturmaßnahmen zum Schutz der Verbraucher durchführen, ist der Leitfaden eine wertvolle Hilfe. Er bietet themenspezifische Informationen, die alle Unternehmen verwenden können. Obwohl der Leitfaden für Unternehmen in der EU ausgerichtet ist, enthält er nützliche Informationen für Schweizer Unternehmen.



www.unice.org



www.konsum.admin.ch

Ein wirkungsvoller Patentschutz ist für die auf Forschung und Innovation ausgerichteten Unternehmen zentral. Mit einer Revision des schweizerischen Patentgesetzes sollen Anpassungen an die internationalen Entwicklungen erfolgen und Fragen im Zusammenhang mit der Patentierung biotechnologischer Erfindungen geklärt werden.

Die zweite Vernehmlassungsvorlage schwächt die Patentierung biotechnologischer Erfindungen stark ab. Damit wird dem Forschungsstandort Schweiz – gerade den innovativen Biotech-Firmen – ein Bärendienst erwiesen. Es ist wich-

tig, dass alle betroffenen Kreise im Vernehmlassungsverfahren ihre Stimme erheben, um dieser Unterminierung des Patentschutzes entgegenzuwirken. Andererseits enthält die überarbeitete Vorlage unterstützenswerte Elemente, vor allem mit dem Vorschlag für ein Patentgericht, der Regelung für Patentanwälte und bei den technischen Fragen und Anpassungen an das internationale Recht. Damit wird die Geltendmachung und Durchsetzung von Patenten effizienter gestaltet.

Hauptanliegen

Die Hauptanliegen der Wirtschaft für die Revision betreffen

- den uneingeschränkten Stoffschutz,

- die Einführung eines breit ausgestalteten Forschungspatentprivilegs,
- den vereinfachten Zugang zu Patentlizenzen an Forschungswerkzeugen,
- die Ratifikation der EPÜ-Revisionsakte, des EPÜ-Sprachenübereinkommens und des Patentrechtsvertrags,
- die Verhinderung von Zweckentfremdung bei der Umsetzung der WTO-Entscheidung betreffend Zwangslizenzen für die Herstellung und den Export von patentgeschützten Medikamenten,
- die Ablehnung eines Sonderzugs mit einer einseitigen Pflicht zur Quellenangabe in der Patentanmeldung von genetischen Ressourcen oder traditionellem Wissen,

- die Einführung einer liberalen Berufsregelung für Patentanwälte,
- die Schaffung eines Bundespatentgerichts mit ausschliesslicher Zuständigkeit in Verletzungs- und Rechtsgültigkeitsfragen mit Bezug auf Patente und
- die Festschreibung der nationalen Erschöpfung im Patentrecht verbunden mit einer als Missbrauchsregelung konzipierten Regelung der Doppelschutz-Problematik.

Vertiefende Informationen zur Revision des Patentgesetzes finden sich im dossierpolitik vom 16. August 2004.

@ thomas.pletscher@economiesuisse.ch

«Corporate Reputation – Vertrauen gewinnen»

Eine intakte Unternehmensreputation ist die Grundlage des kommerziellen Erfolgs, festigt die Kundenbindung, verstärkt die Loyalität der Mitarbeitenden und erhöht die Attraktivität für Investoren.

Ein professionelles Corporate Reputation Management fördert Vertrauen. Die Verantwortung dafür liegt beim Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung. Beim Aufbau dieses Vertrauens spielt auch die Unternehmenskommunikation eine wesentliche Rolle. Sie etabliert Corporate Image und Identity, organisiert ein effizientes Themenmanagement, erarbeitet Kommunikationsinstrumente und überprüft Eigen- und Fremdbild der Organisation. Für einen guten Ruf müssen Sein und Schein stets im Gleichgewicht sein.

«Corporate Reputation – Vertrauen gewinnen» lautet das diesjährige Symposium des Harbour Clubs – eine Organisation von 50 Schweizer Kommunikationschefs. Es findet am 16. November 2004 im neuen Pharma-Forschungsgebäude der

Roche in Basel statt. Neben Charles J. Fombrun, Direktor des Reputation Institute in New York, referieren Prof. Walter von Wartburg, Corporate Reputation Management AG, Prof. Kurt Imhof, Leiter fög – Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft am Soziologischen Institut der Uni Zürich, sowie Andreas Schmid, Verwaltungsratspräsident Barry Callebaut, Unique und Kuoni Reisen Holding. Die Schwerpunktthemen sind:

- Modelle zur Messbarkeit der Unternehmensreputation
- Die Rolle von Verwaltungsrat, Geschäftsleitung und Unternehmenskommunikation beim Reputation Management
- Lehren aus der jüngsten Wirtschaftsgeschichte
- Best Practice in Schweizer Unternehmen

Am Nachmittag haben die Teilnehmenden Gelegenheit, sich in vier parallel geführten Workshops mit dem Thema ihrer Wahl unter der Leitung namhafter Experten auseinanderzusetzen.

 www.harbourclub.ch

Neue Regionalpolitik: noch nicht ausgereift

economiesuisse begrüsst die Bemühungen für eine Neuorientierung der Regionalpolitik im Sinne der Straffung und stimmt der innovationsorientierten Stossrichtung zu. Die zur Vernehmlassung vorgelegte Totalrevision des Bundesgesetzes über Regionalpolitik ist jedoch nicht ausgereift.

Erstens ist das Konzept der NRP, insbesondere was das Ziel-Mittel-System anbetrifft, vage und unbestimmt, was sich notwendigerweise auch im Entwurf zu einem neuen Bundesgesetz niederschlägt. Für viele Regionen bleibt fraglich, wie damit der Bundesbeschluss zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete («Bonny-Beschluss»), INTERREG und Regio Plus abgelöst werden können. Zweitens sind die Schnittstellen zu den Rahmenbedingungen der Regionalpolitik, namentlich zum neuen NFA, zur Infrastrukturpolitik (Service public) und zu den sektoralen Politiken, entweder schlecht definiert oder offen, weil der Souverän bzw. das Parlament darüber noch nicht entschieden hat. Von daher kommt die Vorlage zeitlich

zu einem ungünstigen Moment. Drittens fehlt eine aussagekräftige Evaluation der Auswirkungen der bisherigen Regionalpolitik, was die Meinungsbildung erschwert.

Schliesslich hängt die Wirksamkeit der Regionalpolitik als subsidiäres Instrument entscheidend von einer erfolgreichen wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik ab, welche optimale Rahmenbedingungen sowohl für alle Regionen als auch für alle Unternehmen schafft. Hier bestehen in Bezug auf attraktive Steuerbedingungen, ein leistungsfähiges Bildungs- und Forschungssystem, ein kostenschonendes Regulierungsumfeld, vor allem für die KMU, usw. erhebliche Defizite, die es vorrangig oder wenigstens simultan mit der Neuorientierung der Regionalpolitik zu beseitigen gilt. Aus all diesen Gründen empfiehlt economiesuisse, die wirtschaftspolitischen Akzente entsprechend zu setzen bzw. die Vorlage entsprechend anzupassen.

 www.economiesuisse.ch
@ rudolf.walser@economiesuisse.ch

In der Neigungsmessung das Mass aller Dinge

Wenn an grossen amerikanischen Flughäfen die Scheinwerfer entlang der Landepisten neu eingestellt werden, ist die Verwendung einer elektronischen Waage der Wyler AG Vorschrift.

Die Notiz, welche die Verwendung der Wyler-Geräte gebietet, steht nicht zufällig im Manual. Denn zu den Fertigkeiten des kleinen Winterthurer Unternehmens gehört die Messung von Neigungen – und zwar in einer Präzision, die in der Welt unübertroffen ist. Auch das Formel-1-Team von Peter Sauber, die Betreiber des Atatürk-Staudammes und die Radarverantwortlichen auf diversen europäischen Marineschiffen schwören auf die Hochpräzisionsarbeit aus dem Eulachtal.

Auf Knopfdruck Chinesisch

Die Geräte von Wyler sind in der Lage, die Abweichung von einem Mikrometer pro Meter zu messen. D.h. das Neigungsmessgerät erkennt einen Millimeter Abweichung auf einen Kilometer. Seit einigen Jahren ergänzen Funkmodule, die drahtlos Messdaten übermitteln, das Sortiment. Dadurch wird es möglich, etwa die Bewegungen einer Brücke zentral zu überwachen. Die von Wyler mitgelieferte Software wurde den Bedürfnissen der immer internationaler werdenden Kundschaft angepasst. Sie wechselt per Knopfdruck von Deutsch auf Englisch, aber auch auf Chinesisch oder Japanisch.

Mit Wasserwaagen Weltruhm erreicht

Zum Produktesortiment gehören auch Präzisions-Wasserwaagen. Diese haben den Weltruhm von Wyler begründet. Denn die Winterthurer Industriekonzerne Sulzer und Rieter liessen seit der Gründung von Wyler im Jahr 1928 Wasserwaagen bei der Firma herstellen und trugen so ihren Namen in die ganze Welt. Die Bedeutung der Wasserwaagen für das Gesamtgeschäft schwindet allmählich. 2003 trug diese Sparte noch immerhin 15 bis 20 Prozent zum Gesamtumsatz bei. Ihren Weltruhm hat Wyler mit einer Reihe von innovativen Produkten vermehrt. Allen voran mit dem seit 1987 äusserst erfolgreich vertriebenen elektronischen Handmessgerät «Clinotronic».

Seit 1993 ist Wyler AG zudem als eidgenössische Kalibrierstelle für Neigungsmessungen akkreditiert. Sämtliche Geräte der Firma Wyler AG werden vor Auslieferung nach der Norm ISO/IEC 17025 zertifiziert. Auch Geräte von Mitbewerbern werden durch Wyler nach obiger Norm überprüft und zertifiziert. Für den Ruf der Firma ist die Akkreditierung sehr vorteilhaft. Denn um diese zu erlangen, wird Wyler ständig vom Eidgenössischen Amt für Messwesen überwacht und muss dementsprechend einen hohen Standard gewährleisten.



Firmsitz in Winterthur

Kategorie der hochpräzisen Messgeräte ist Wyler aber einzigartig. Um diese Marktstellung zu behalten, konzentriert sich Wyler weiter auf seine Kernkompetenzen «Qualität, Innovation und Service». Vor allem letzteres wird sehr stark gewichtet: Die Erfüllung der Kundenwünsche geniesst bei Wyler höchste Priorität. Dank dieser Kernkompetenzen hat Wyler die für die Weltwirtschaft mageren Jahre nach der Jahrtausendwende fast unbeschadet überstanden.

Ausgezeichnete Liquidität

Vergangenes Jahr erwirtschaftete Wyler einen Umsatz von rund 6 Mio. Franken. Lediglich auf das Fabrikgebäude wurde eine Hypothek aufgenommen. Dadurch wird es möglich, die Liquidität zu schonen. Denn diese betrachtet Geschäftsführer Heinz Hinzen als eines der wichtigsten Führungsinstrumente. Hinzen sieht auch die Zukunft von Wyler verheissungsvoll: «Die Auftragslage ist sehr gut. Wir sind zufrieden.» Dass Hinzen guter Dinge

ist, liegt unter anderem daran, dass er neue Anwendungsgebiete für die Wyler-Technik ortet: «Im Hoch- und Tiefbau, im Automobil- und Flugzeugbau, in der Robotertechnik und in anderen Industriebereichen könnten sich uns ganz neue Chancen eröffnen.»

Heute beschäftigt das Unternehmen über 40 Mitarbeiter. Darunter sieben Lehrlinge. Sämtliche Geräte werden bei Wyler entwickelt und produziert: Vom Prototyp bis zur Endmontage. Allein die Herstellung der mechanischen Komponenten geschieht nicht im eigenen Haus.

Systemlösungen immer gefragter

Der Trend geht immer mehr weg von der Produktion auf Lager und weg von der Katalogbestellung. Gefragt sind mehr und mehr massgeschneiderte Systemlösungen, bei welchen mehrere Messgeräte hintereinandergeschaltet sind und Messungen zentral von einem Computer aus gesteuert werden. In der Welt der Neigungsmessgeräte ist die Konkurrenz gross. In der



Geschäftsführer Heinz Hinzen



Handmessgerät CLINOTRONIC

Drei wirtschaftspolitische Wünsche der Geschäftsleitung

1 Qualitätsbewusstsein
Erfolgreiche Schweizer Firmen können sich im starken internationalen Konkurrenzkampf nur dann klar differenzieren und durchsetzen, wenn sie sich auf die Grundwerte der schweizerischen Erfolgsstory zurückbesinnen: Qualität – Innovation – Service. Schulung aller Mitarbeiter und rigorose und optimier-

te Qualitätssicherungsprozesse sind hierzu notwendig.

2 Lehrlingsausbildung
Seit längerer Zeit laufen heisse Diskussionen betreffend Lehrlingsausbildung in Schweizer Unternehmen. Firmen, die in die Lehrlingsausbildung viel Geld und Zeit investieren, sollten aus unserer Sicht nicht über Subven-

tionen, sondern durch Reduktion der immer mehr steigenden Kosten für Kurse und Prüfungen vermehrt entlastet werden.

3 Unterstützung für Wiedereingliederungen / Arbeitslose / Sozialfälle

Es gibt viele Unternehmen in der Schweiz, die bereit wären, Arbeitslose oder Wiedereinstei-

ger über eine limitierte Zeit einzustellen. Leider lässt das allgemein gültige Arbeitsrecht die notwendige Flexibilität nicht zu. Es muss eine Lösung gefunden werden, dass im Falle eines Rückfalls oder bei Nichteignung des Praktikanten das Arbeitsverhältnis durch den Arbeitnehmer per sofort und ohne weitere Verpflichtungen aufgelöst werden kann.

Abstimmungsparolen 26. September

Volksinitiative

«Postdienste für alle»

NEIN

EO-Revision

Mutterschaftsversicherung

Stimmfreigabe

Bürgerrechtsvorlage

Einbürgerung
zweite Generation

Keine Parole

Bürgerrechtsvorlage

Einbürgerung
dritte Generation

Keine Parole



Junge Wirtschaftskammer Appenzell besucht economiesuisse

Zu einem Freundschaftstreffen mit Gesprächen fanden sich Jungunternehmer im Haus der Wirtschaft zusammen. economiesuisse begrüsst die Initiative zur engeren Zusammenarbeit, steht doch das Jahr der Jungen Wirtschaftskammer Appenzell unter dem Motto «Networking». Beim abschliessenden Apéro stellten sich dem Fotografen: Bernhard Bühler, Leiter Mitgliederbeziehungen economiesuisse; Hansjürg Freund, Basler Versicherungs-

kammer Appenzell unter dem Motto «Networking». Beim abschliessenden Apéro stellten sich dem Fotografen: Bernhard Bühler, Leiter Mitgliederbeziehungen economiesuisse; Hansjürg Freund, Basler Versicherungs-

gen, Bühler AR; Marco Sessa, angehender Präsident 2004 der Jungen Wirtschaftskammer Schweiz; Jakob Signer, Leiter Steuerverwaltung Appenzell; Fredy Müller, Leiter Öffentlichkeitsarbeit economiesuisse (v.l.n.r.).

Impressum

Herausgeber: economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen – **Verantwortliche Redaktion:** Regina Hunziker-Blum – **Adresse:** Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich, Tel. 01 421 35 35, Fax 01 421 34 34, E-Mail: regina.hunziker@economicsuisse.ch, Web: www.economicsuisse.ch – **Adressänderungen:** marianne.baer@economicsuisse.ch
Erscheinungsweise: monatlich – **Gestaltung:** Layout88 GmbH, 8008 Zürich – **Druck:** Herstdruck AG, 8032 Zürich

Dokumentation

- **EU-Erweiterung**
Broschüre A5, 8 Seiten. Gratis.
- **«Zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes (RTVG).»**
Für weniger Regulierung und mehr Wettbewerb in der Verbreitung. Positionspapier Juni 2003. Gratis.
- **«Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2004»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Fr. 50.– + MwSt./Porto.
- **«newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement gratis.
- **Karl Hofstetter: «Corporate Governance in der Schweiz»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Fr. 40.– + MwSt./Porto.
- **«Ausgabenkonzept»**
Diskussionsplattform der Wirtschaft zu den öffentlichen Finanzen. Fr. 30.– + MwSt./Porto oder gratis Download über www.economicsuisse.ch
- **Schweizerische Bildungs-, Forschungs- und Technologiepolitik**
Perspektiven bis 2007. Gratis.
- **«Swiss Code of Best Practice»**
Erhältlich in Deutsch/Französisch/Englisch. Gratis.
- **«Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- **Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbands. Gratis.
- **Wirtschaftspolitische Foliensets**
 20 Folien allgemeine Wirtschaftspolitik (Fr. 20.–),
 11 Folien Sozialpolitik (Fr. 15.–),
+ Porto oder gratis Download.
- **«E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- **«dossierpolitik», Pressedienst**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.

Vernehmlassungen

24. September 2004

Vernehmlassung zur Pflegefinanzierung/Teilrevision der Bundesgesetze über die Krankenversicherung, Alters- und Hinterlassenenversicherung sowie über die Ergänzungsleistungen

Kontakt: menga.sandoz@economicsuisse.ch

30. September 2004

Bildungsrahmenartikel in der Bundesverfassung – Vernehmlassung zu den Vorschlägen der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK – NR)

Kontakt: rudolf.walser@economicsuisse.ch

30. November 2004

Teilrevision des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Immobiliarsachen- und Grundbuchrecht)

Kontakt: thomas.pletscher@economicsuisse.ch

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung

Adressänderung

Firma

Name

Strasse

Vorname

PLZ/Ort

Funktion

E-Mail

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei economiesuisse anfordern.